

Aus der Regierung

Liechtensteiner können Autos viel billiger verschrotten

VADUZ Die Liechtensteiner können ihre Autos in Zukunft viel billiger als bisher verschrotten. Die Regierung senkte die Entsorgungsgebühren für Motorfahrzeuge von 50 auf neu 20 Franken. Mit dem neuen Tarif entstehe voraussichtlich ein leichter Einnahmeüberschuss, der den administrativen Aufwand der Verwaltung für diese Gebührenerhebung decke, teilte das Ministerium für Infrastruktur und Umwelt sowie Sport am Dienstag mit. Die Senkung erfolgte, weil die Entsorgungskosten für Altfahrzeuge seit der Einführung der Regelung im Jahr 2005 wesentlich tiefer waren als die eingezogenen Gebühren. (red/ikr)

Am Montag und Dienstag Zwei Verkehrsunfälle im Unterland

RUGGELL/ESCHEN Am Montagabend sowie Dienstagmorgen kam es zu je einem Verkehrsunfall. Wie die Landspolizei mitteilte, wollte eine Autofahrerin gegen 18.20 Uhr in Ruggell von der Schellenbergstrasse kommend links in die Dorfstrasse einbiegen, wobei sie aufgrund mangelnder Aufmerksamkeit einen von rechts kommenden und vortrittsberechtigten Personenwagenlenker übersah. In der Folge kam es zur Kollision der beiden Fahrzeuge. Der Lenker wurde unbestimmten Grades verletzt. An beiden Fahrzeugen entstand Sachschaden. In Eschen fuhr wiederum um 6 Uhr ein Sattelzug auf der Essanestrasse in östliche Richtung, als der Lastwagenlenker aufgrund der Verkehrssituation anhalten und sein Fahrzeug zurücksetzen musste. Dabei beachtete er den dahinterfahrenden Personenwagen nicht - es kam zur Kollision der beiden Fahrzeuge. Verletzt wurde niemand, am Auto entstand Totalschaden. (red/lpfl)

Stadttunnel Feldkirch Naturschutzanwältin legt Beschwerde ein

FELDKIRCH Die Vorarlberger Naturschutzanwältin Katharina Lins hat Beschwerde gegen den positiven UVP-Bescheid zum Stadttunnel Feldkirch eingelegt, wie «Radio L» gestern berichtete. Durch die Ausgrabungsarbeiten würden mehr als eine Million Tonnen Gestein- und Felsmaterial anfallen. Im UVP-Bericht werde jedoch nicht geklärt, wo 500 000 Tonnen des Materials gelagert werden sollen. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt. Bisher haben bereits mehrere Anwohner, die beiden Bürgerinitiativen sowie Umweltorganisationen den Bescheid angefochten. (df)

Unternehmensbesteuerung und der AIA in Steuersachen im Fokus

Dialog Regierungschef und Finanzminister Adrian Hasler hat sich am Dienstag in Salzburg mit seinen deutschsprachigen Amtskollegen getroffen. Thema des informellen Arbeitstreffens waren aktuelle finanz- und fiskalpolitische Fragen.

Neben einem Austausch über verschiedene Themen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik standen insbesondere die internationale Unternehmensbesteuerung und der automatische Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen auf der Agenda. Zu dem jährlich stattfindenden Treffen hatte in diesem Jahr der österreichische Finanzminister Hans Jörg Schelling Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, Finanzminister Pierre Gramegna und Finanzminister Adrian Hasler nach Salzburg eingeladen. Im Zentrum der Beratungen standen die aktuellen Herausforderungen und Projekte im Steuer- und Finanzbereich der fünf Länder sowie in Europa.

Verlässlicher Partner

Regierungschef Adrian Hasler wies gemäss Medienmitteilung des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen darauf hin, dass Liechtenstein grosse Anstrengungen in Richtung Steuerkonformität unternommen habe, um sich als verlässlichen Partner zu etablieren. «Sowohl im Bereich des automatischen Informationsaustauschs wie auch der Unternehmensbesteuerung arbeiten wir eng mit unseren Partnerländern zusammen», so Regierungschef Adrian Hasler. Er betonte, dass die Herstellung eines Level-Playing-Field aber auch bedeute, dass Standards möglichst weltweit und gleichartig umgesetzt werden. Weiter sollen ungerechtfertigte Diskriminierungen für Unternehmen im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr unterbunden werden. Regierungschef Hasler nutzte die Angaben zufolge die Gelegenheit, sein Unverständnis über das Vorgehen der EU-Kommission betreffend der Schwarzen Liste zu äussern. Die Finanzminister bestätigten, dass Liechtenstein als verlässlicher und kooperativer Partner anerkannt wird und sicherten ihre Unterstützung für die Position Liechtensteins zu. «In einem sehr offenen und konstruktiven Dialog konnten wir unter anderem die wichtigen Themen der internationalen Unternehmensbesteuerung und des automatischen Informationsaustausches besprechen. Liechtenstein nimmt in diesen Fragen seine Verantwortung wahr und wird als verlässlicher Partner anerkannt», zog Regierungschef Adrian Hasler auf «Volksblatt»-Anfrage eine Bilanz über den Gipfel. Nächstes Jahr findet das Treffen der deutschsprachigen Finanzminister auf Einladung von Adrian Hasler in Liechtenstein statt. (red/ikr)



Die Pressekonferenz der deutschsprachigen Finanzminister in Salzburg ist auf grosses Medieninteresse gestossen. Regierungschef Hasler nutzte die Gelegenheit des Treffens, sein Unverständnis über das Vorgehen der EU-Kommission betreffend der Schwarzen Liste zu äussern. Die anderen Finanzminister bestätigten, dass Liechtenstein als verlässlicher und kooperativer Partner anerkannt wird und sicherten ihre Unterstützung für die Position Liechtensteins zu. (Foto: RM)



Die Finanzminister aus Luxemburg, der Schweiz, Deutschland, Österreich und Liechtenstein haben sich am Dienstag in Salzburg getroffen, von links: Pierre Gramegna, Eveline Widmer-Schlumpf, Wolfgang Schäuble, Hans Jörg Schelling und Adrian Hasler. (Foto: IKR)

LKV-Geschäftsführer: «Nicht aus jedem Anfangsverdacht ergibt sich ein Wirtschaftlichkeitsverfahren»

Vorwürfe Der Krankenkassenverband gehe jedem Hinweis von Ärztekammer oder privater Seite nach. Nicht immer seien die Anschuldigungen jedoch korrekt.

VON DANIELA FRITZ

Der nun wegen «Überarztung» zur Rückzahlung von knapp einer Million Franken verpflichtete Arzt wurde dem Liechtensteinischen Krankenkassenverband (LKV) von der Ärztekammer als auffällig gemeldet. Ebenso geschehen auch in anderen Fällen, denen der LKV jedoch nicht nachgegangen sei, wie die Kammer

bereits vor einigen Tagen auf «Volksblatt»-Anfrage kritisierte.

«Fairer Umgang»

LKV-Geschäftsführer Thomas A. Hasler bekräftigt dagegen, dass der Verband jedem Hinweis - sofern er mit entsprechenden Daten oder Aussagen von Betroffenen untermauert ist - nachgehe. «Der LKV gibt jedem Leistungserbringer die Möglichkeit, die höheren Kosten zu erklären und strengt nicht auf Zuruf willkürlich Wirtschaftlichkeitsverfahren an. Kurzum: Nicht aus jedem Anfangsverdacht ergibt sich ein Wirtschaftlichkeitsverfahren», betont Hasler. Das verstehe der LKV unter einem «fairen Umgang», meint der Geschäftsführer mit einem Seitenhieb

auf den Vorwurf der Ärztekammer-Präsidentin, der LKV arbeite unfair und unprofessionell.

Ob dem Arzt nun eine Kündigung des OKP-Vertrages droht, will Hasler jedoch - wie bereits angekündigt - erst am Donnerstag nach der Vorstandssitzung bekannt geben. Keinesfalls komme ein Ausschluss aus der OKP jedoch einem Entzug der Berufsausbildung gleich: «Ein Arzt kann auch ohne OKP-Vertrag weiterarbeiten», erklärt der LKV-Geschäftsführer. Unbefristete Verträge könne sich der LKV auch weiterhin vorstellen, allerdings nur, wenn in den Verträgen klare Kündigungsregeln verankert und eine Vertragskündigung nicht durch zig Instanzen ausgefochten werden müsse.



LKV-Geschäftsführer Thomas A. Hasler betont, dass jedem Hinweis nachgegangen wurde. Nicht immer habe sich der Verdacht aber bestätigt. (Foto: Nils Vollmar)